ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Peters, Hans-Rudolf

Article — Digitized Version

Marktorientierte Planwirtschaft oder soziale Marktwirtschaft in der DDR?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Peters, Hans-Rudolf (1989) : Marktorientierte Planwirtschaft oder soziale Marktwirtschaft in der DDR?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 12, pp. 596-599

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/136585

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Hans-Rudolf Peters

Marktorientierte Planwirtschaft oder Soziale Marktwirtschaft in der DDR?

Angesichts der akuten Systemkrise ist in der DDR die Notwendigkeit eines radikalen politischen Neubeginns unbestritten. Gegen einen konsequenten ökonomischen Systemwechsel bestehen aber selbst in weiten Teilen der dortigen Opposition starke Vorbehalte. Oppositionssprecher beschränken sich im ökonomischen Bereich zumeist auf die vage Forderung nach einer „Reform des Sozialismus", die die „sozialistischen Errungenschaften" wahren soll. Ist eine „marktorientierte Planwirtschaft" in der Lage, der Krise Herr zu werden?

Nach der Oktoberrevolution in der DDR von 1989 stehen neben Reformen des politischen Systems auch grundlegende Veränderungen des dortigen Wirtschaftssystems an. Allerdings gibt es bislang kaum fundierte Wirtschaftsreformkonzepte, die auf die Verhältnisse der DDR zugeschnitten sind. Dieses wäre eigentlich die Stunde der Wirtschaftssystemforschung in beiden deutschen Staaten. Allerdings befindet sich die Wirtschaftssystemtheorie in der DDR in einem desolaten Zustand. Waren doch bis vor kurzem fachliche und öffentliche Diskussionen über marktwirtschaftliche Alternativen zur sozialistischen Planwirtschaft dort allgemein verpönt.

Lange Zeit wurden Systemvergleiche in der DDR fast ausschließlich im Rahmen von gedanklichen Gesellschaftskategorien des vorigen Jahrhunderts geführt, wobei fast ausschließlich mit den globalen Worthülsen „Kapitalismus" und „Sozialismus" hantiert wurde. Der Erkenntnisfortschritt war – wenn überhaupt – nur minimal, weil statt Abbilder marktwirtschaftlicher Systeme nur Zerrbilder eines fiktiven Kapitalismus geliefert wurden. Es verwundert deshalb nicht, daß es in der DDR keine Theorie realtypischer Wirtschaftssysteme gibt und die dortige marxistisch geprägte Systemtheorie wie ein Relikt aus der nationalökonomischen Steinzeit anmutet. Jetzt läßt das freiere geistige Klima in der DDR hoffen, daß die jahrzehntelang vom wissenschaftlichen Gedankenaustausch mit westlichen Wirtschaftswissenschaftlern abgeschnittenen DDR-Ökonomen den Anschluß an den Stand der internationalen Wirtschaftssystemforschung finden werden. Sicherlich wird es auch für manchen Ökonomen in der DDR ein befreiendes Erlebnis sein, die ideologischen Scheuklappen endlich ablegen und nunmehr vorurteilslos Systemanalysen durchführen zu können.

Vordringlich müssen sich die Wirtschaftswissenschaftler beider deutscher Staaten auf die Frage konzentrieren, wie die DDR-Wirtschaft aus ihrer unleugbaren Misere herausgeführt werden kann und welche mittel- und langfristigen Konzepte dafür erforderlich sind. Parallel dazu muß jedoch eine ernsthafte Wirtschaftssystemdebatte zwischen den Befürwortern verschiedener wirtschaftsordnungspolitischer Konzeptionen geführt werden. Dabei sind auch die ideologischen Systemgrundlagen besonders des Marxismus-Leninismus auf den Prüfstand wissenschaftlicher Analysen zu stellen, um die tieferen Ursachen des weltweiten Versagens sozialistischer Planwirtschaftssysteme herauszufinden.

Grundirrtümer von Karl Marx

Vermutlich wird sich dabei herauskristallisieren, daß allen sozialistischen zentralgeleiteten Wirtschaftssystemen die auf Marx zurückgehende Fehleinschätzung der ordnungspolitischen Funktionen von Eigentum, Markt und Wettbewerb zum Verhängnis geworden ist. Der Grundirrtum von Karl Marx bestand darin, daß er Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sowie nahezu alle Übel dieser Welt auf das Privateigentum an Produktionsmitteln zurückführte sowie Markt und Wettbewerb fälschlicherweise als Instrumente zur Ausbeutung der Lohnabhängigen ansah. Er verkannte nicht nur die Funktion des Wettbewerbs als Mittel der Machtbegrenzung und der Leistungsstimulierung, sondern auch die Schaffung von Wettbewerbsverhältnissen als soziale Großtat, die für qualitativ und quantitativ bestmögliche Versorgung zu Wettbewerbspreisen auch für die Masse der Arbeitnehmer sorgte.

Prof. Dr. Hans-Rudolf Peters, 57, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Vorstand des Institutes für Volkswirtschaftslehre an der Universität Oldenburg.

Ferner übersah Marx, daß es bei Wirtschaftssystemen nicht allein auf das Eigentum, sondern die faktische Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, die Privateigentum nicht unbedingt voraussetzt, ankommt. Er hätte voraussehen müssen, daß nach Überführung der Produktionsmittel in Staats- oder Volkseigentum zwangsläufig eine neue Klasse, nämlich die der Funktionäre, entsteht, die zur Ausbeuterklasse werden kann. Die Funktionärsklasse, die aufgrund der in ihr vereinigten politischen und ökonomischen Herrschaftsgewalt kaum zu kontrollieren ist, kann die formal dem Volk gehörenden Produktionsmittel nahezu unkontrolliert nach eigenem Gutdünken und auch eigennützigen Zielen lenken und verwalten. Bei der jetzt in der DDR anstehenden Wirtschaftsreform muß deshalb der Installierung von Kontrollmechanismen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es empfiehlt sich, der weltweit bewährten Kontrolle durch Wettbewerb auf den Märkten soweit wie irgend möglich den Vorzug vor administrativen Kontrollen, die meist doch nur unvollkommen greifen, zu geben.

Notwendige Zielbestimmung

Obwohl über die Art und das Ausmaß der notwendigen Wirtschaftsreform noch weitgehend Unsicherheit und Unklarheit besteht, scheinen sich die meisten politischen Organisationen und Gruppen in der DDR darin einig zu sein, daß sie kein kapitalistisches Wirtschaftssystem wollen. Dieser Minimalkonsens besagt allerdings noch nicht viel und stößt zudem terminologisch ins Leere, weil die heutigen, vorwiegend auf Privateigentum basierenden und mit Wettbewerbsschutz sowie sozialen Sicherungen versehenen Marktwirtschaften nicht mit Wirtschaftssystemen des Frühkapitalismus gleichgesetzt werden dürfen.

Wirtschaftsreformen bis hin zur Transformation eines Wirtschaftssystems in ein anderes bedürfen von Anfang an klar umrissener Ziele. Die Ansicht, Ziele würden sich erst im Laufe des Reformprozesses entwickeln und man dürfe sie nicht von vornherein festschreiben, ist unsinnig; denn wie sollen „zielgerichtete" Methoden und reformadäquate Instrumente gefunden werden, wenn das Ziel gar nicht feststeht?

Zielfestlegungen in einer demokratischen Gesellschaftsordnung erfordern den gesellschaftlichen Konsens zumindest der Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung. Wie steht es damit zur Zeit in der DDR? Ein Wahlgesetz, das freie, gleiche und geheime Wahlen garantiert, existiert noch nicht. Die „Volksvertreter" sind noch nach Einheitslisten, also einer ziemlich undemokratischen Methode „ausgesucht" worden und somit kaum legitimiert, für das Volk die Entscheidungen zu treffen. Eigentlich müßte deshalb am Anfang eine Volksbefragung stehen, die Aufschluß darüber gibt, welches Wirtschaftssystem die wahlberechtigte Bevölkerung präferiert.

Sicherlich müßte die Führung der DDR damit rechnen, daß viele ihrer Bürger, die sich aufgrund der erkämpften Reisefreiheit über die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik informieren konnten, eine gleiche oder ähnliche Wirtschaftsordnung fordern würden. Ob also die Mehrheit der Bevölkerung an dem eigenen, ziemlich diskreditierten Planwirtschaftssystem prinzipiell, wenngleich mit Verbesserungen, festhalten will, ist ziemlich unsicher. Deshalb sind derartige Behauptungen alter und neuer Politiker der DDR möglicherweise falsch. Sie sind auch gesellschaftspolitisch höchst bedenklich, weil möglicherweise der Volkswille verfälscht wird und bei Zugrundelegung dieser Fehlhypothese die Wirtschaftsreform von vornherein auf systemimmanente Veränderungen beschränkt wird. Es werden dann nämlich bei weiterbestehender sozialistischer Planwirtschaft lediglich beschränkte „Reparaturarbeiten" am System vorgenommen, indem beispielsweise für bestimmte Sektoren erstmalig oder vermehrt eine Marktorientierung zugelassen wird.

Fragwürdige Minimalposition

Eine solche Reformminimalposition wird von der um ihren Bestand bangenden SED eingenommen. So stellte der ehemalige Generalsekretär der SED, Egon Krenz, in seinem Referat auf der 10. Tagung des Zentralkomitees (abgedruckt im Neuen Deutschland vom 9. 11. 1989) fest: „Auch künftig muß das Volkseigentum die ökonomische Basis des Sozialismus bleiben. Auch die zentrale staatliche Planung ist unverzichtbar." Zum Wirtschaftssystemtyp führte Krenz aus: „Wir erstreben eine marktorientierte sozialistische Planwirtschaft." Ähnliche Aussagen finden sich auch in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Hans Modrow vom 17. November 1989 (abgedruckt im Neuen Deutschland vom 18./19. 11. 1989), in der ausgeführt wird: „... daß Wirtschaftsreform nicht Abschaffung der Planung bedeutet. Wohl aber sollte die neue Regierung bei der Wirtschaftsreform sich ebenso deutlich davon leiten lassen, den Markt mit seinen Ware-Geld-Beziehungen zum organischen Bestandteil sozialistischer Planwirtschaft zu machen. Nicht Planung ohne Markt, nicht Marktwirtschaft statt Planwirtschaft." Diese Kurzformeln besagen zwar noch wenig, deuten aber immerhin global die Richtung der Reformansätze an. Ob sich die Ansätze dann zu einer tatsächlichen Reform, die diesen Namen auch verdient, in der Praxis der Durchführung verdichten, muß abgewartet werden.

Ansatzpunkte für eine Neugestaltung des Wirtschaftssystems, das die angeblichen Vorzüge der zen-

tralen Planung mit den stimulierenden Wirkungen der Märkte vereinen soll, sieht die SED laut Krenz vor allem in einer neuen Stellung der Betriebe und Kombinate, die es ihnen ermöglichen soll, „sich als sozialistische Warenproduzenten voll zu entfalten. Sie müssen ihre eigene Verantwortung auf dem Markt voll wahrnehmen können." Als Dreh- und Angelpunkt wird deshalb „die Eigenerwirtschaftung der Mittel" betrachtet, worin angeblich ein Grundprinzip der sozialistischen Leistungsgesellschaft zu sehen ist. Fast identische Aussagen finden sich auch in der Regierungserklärung von Modrow, wenn es darin heißt: „In erster Linie geht es darum, den Betrieben und Kombinaten Raum zur Bewegung zu geben. Sie brauchen ein Feld selbständiger, eigenverantwortlicher Entscheidung, brauchen die Möglichkeit, die Mittel für die Amortisation der Grundfonds und für die erweiterte Reproduktion nicht nur zu erwirtschaften, sondern darüber auch weitgehend in eigener Kompetenz zu verfügen ..." Aufschlußreich ist, was die zentrale staatliche Planung weiterhin in der Hand behalten und gewährleisten soll. In der Fassung von Modrow heißt es dazu: „Sie sollte sich konzentrieren auf ausgeglichene volkswirtschaftliche Proportionen und Verflechtungen, eine effektive volkswirtschaftliche Struktur der Produktion bei zunehmender Arbeitsteilung, die Ausarbeitung langfristiger Strategien für die ökonomische und soziale Entwicklung, die den ökologischen Bedingungen entsprechen, so für die Versorgung mit Rohstoffen und Energieträgern, sowie auf stabile Staatsfinanzen auf der Grundlage ausgeglichener Proportionen von Kauffonds und Warenfonds." Der Art nach handelt es sich also um eine Zentralplanung makroökonomischer Größen kombiniert mit einer Strukturplanung, die vor allem Branchenproportionen zur Übereinstimmung bringen soll. Nur im Rahmen dieser vollzugsverbindlichen Staatsplanung sollen die Betriebe und Kombinate einen gewissen Handlungsspielraum erhalten. Was nutzt jedoch einem volkseigenen Betrieb die prinzipielle Investitionsfreiheit, wenn er sich jederzeit einer anders entscheidenden staatlichen Strukturplanung beugen muß?

Preisreform

Zu der zentralen Frage einer Preisreform betont Modrow in seiner Regierungserklärung: „Die Preise müssen den volkswirtschaftlich begründeten Aufwand widerspiegeln und Druck auf die Kostensenkung ausüben." Damit wird angedeutet, daß die Regierung der DDR die weitgehende Subventionierung bestimmter Güter abzubauen erwägt. Ob sie es allerdings wagen wird, die niedrigen, unter Selbstkosten festgesetzten Preise für bestimmte Grundnahrungsmittel, die Mieten und die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu erhöhen, bleibt abzuwarten. Diese stets als sogenannte sozialistische Errungenschaften gepriesenen Tiefstpreise, die durch staatliche Subventionen ermöglicht werden, sind jedoch nur eine Verschiebung von Kosten. Der Staat muß nämlich das, was er über die subventionierten Tiefstpreise seinen Bürgern scheinbar erspart, ihnen vorher über Steuern und Abgaben abnehmen, wenn der Staatshaushalt ausgeglichen werden soll. Die Verzerrung der Preisstruktur kann auch zu volkswirtschaftlich unsinnigen Verwendungen führen. Wenn beispielsweise Brot weniger als Viehfutter kostet, besteht die Gefahr, daß Brot teilweise als (subventioniertes) Schweinefutter statt als menschliche Nahrung dient.

Modrow hat angekündigt, daß die DDR-Regierung Maßnahmen ergreifen will, um den nach Öffnung der Grenzen befürchteten „massenhaften Abkauf von Waren, insbesondere von subventionierten Waren, durch bestimmte ausländische Touristen und Spekulanten zu verhindern". Ferner sollen die Staatsfinanzen saniert und der Staatshaushaltsplan zum Ausgleich gebracht werden. Modrow tritt Spekulationen um eine bevorstehende Währungsreform mit einer Abwertung der Ostmark und damit auch der Ersparnisse entgegen, indem er versichert, daß die neue Regierung allen Bürgern, die ihr Geld auf Sparkonten haben, die Sicherheit ihrer Einlagen garantiere.

Schon hier zeigt sich, mit welchen enormen Problemen die neue DDR-Regierung fertig werden muß; denn es ist kein Geheimnis, daß in der DDR ein beträchtlicher Geldüberhang besteht, der so oder so abgebaut werden muß.

Privatisierung von Staatseigentum

Erfolgt keine Reduzierung im Rahmen eines Währungsschnitts, was zwar volkswirtschaftlich geboten, aber politisch nicht durchsetzbar ist, so muß die Diskrepanz zwischen zu knappem Warenangebot und Geldüberhang auf andere Weise abgebaut werden. Eine schnelle Erhöhung des Warenangebotes durch Importe scheitert an den mangelnden Devisenreserven der DDR, so daß nach anderen – eventuell auch unkonventionellen und ideologisch brisanten – Möglichkeiten gesucht werden muß. Eine Möglichkeit der Geldabschöpfung sowie eventuell auch zur Ansammlung von Devisen bestände, wenn sich die DDR-Führung zur Reprivatisierung eines Teils der Staatsbetriebe entschließen würde. Würden Teile des Staatseigentums an DDR-Bürger, eventuell über die Ausgabe von Aktien oder Anteilscheinen, verkauft, so könnte der Staat durch Stillegung dieser Einnahmen den Geldüberhang in der Volkswirtschaft vermindern. Würde die DDR-Führung über ihren ideologischen Schatten springen, indem sie Verkäufe

von Staatseigentum an Nicht-DDR-Investoren zuläßt, so könnte sie schnell an die so dringend benötigten Devisen kommen.

Der zu erwartende Vorwurf des angeblichen Ausverkaufs der DDR ist insofern wenig überzeugend, weil die beabsichtigte Beteiligung der DDR an internationalen Unternehmenskooperationen ohnehin die Gleichstellung von in- und ausländischen Investoren erfordert. Die kapitalarme DDR hat gar keine andere Chance, den Entwicklungsrückstand gegenüber der Bundesrepublik zu verringern, wenn sie nicht fremdes Kapital ins Land holt. Für Kapitalzuflüsse und die Gründung von Gemeinschaftunternehmen (joint ventures) bedarf es zudem unabdingbar der Abschlüsse von Kapitalschutzabkommen sowie Regelungen für den Ertragstransfer. Die notwendige Entflechtung und Auflösung der riesigen Industriekombinate in der DDR sowie auch der gewollte Auf- und Ausbau einer mittelständischen Gewerbestruktur könnte mit einem Teilverkauf von Staatseigentum schon jetzt realisiert werden. Anders läßt sich die Installation von Märkten und Wettbewerb in der DDR-Wirtschaft sowieso kaum bewerkstelligen.

Hier tut sich die DDR-Regierung allerdings noch schwer, indem sie vorerst nur private Kleinbetriebe zulassen will. So heißt es in der Regierungserklärung von Modrow: „Die Übernahme von Kleinbetrieben durch private Unternehmer in der Konsumgüterproduktion, aber nicht nur dort, halten wir für möglich. Über die Größe solcher Betriebe ist gemeinsam nachzudenken." Mit Sicherheit wird sich aber der von Modrow beschworene „sozialistische Unternehmergeist" nicht einstellen, wenn die Kolosse von Industriekombinaten weiterhin unter sich bleiben und ihre teilweise Monopolstellung rigoros ausnutzen.

Interdependenz der Ordnungen

Betrachtet man die eher fragmentarischen Ansatzpunkte und die noch keineswegs aufeinander abgestimmten Elemente der Ordnungspolitik, so zeichnet sich bisher noch kein in sich stimmiges Konzept in der DDR ab, das den Namen einer Wirtschaftsreform verdient. Eher ist zu befürchten, daß in der DDR wie auch schon in anderen osteuropäischen Ländern der fast immer gescheiterte Versuch unternommen wird, die schwerfällige und verkrustete sozialistische Planwirtschaft durch die Hereinnahme einiger marktwirtschaftsähnlicher Instrumente flexibler und effektiver zu machen. Es wird jedoch dabei übersehen, daß marktwirtschaftliche Instrumente in einem weiterhin zentralplanerisch eingeengten Umfeld ganz anders (und zwar meist dysfunktional) als in einem marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystem wirken. Erfahrungsgemäß erdrückt eine weiterhin schwergewichtige und vorrangige Zentralplanung sehr bald die zarten Pflänzchen marktwirtschaftlicher Entscheidungsfreiheiten, und die erhofften Steigerungen der Produktivität bleiben weitgehend aus.

Im speziellen Fall der DDR, der nunmehr durch offene Grenzen zur ökonomisch weitaus effektiveren Bundesrepublik gekennzeichnet ist, wird es jedoch langfristig kaum möglich sein, an einer in wesentlichen Bereichen weiterhin zentralgeplanten Wirtschaft festzuhalten. Da bei offenen Grenzen Arbeitskräfte und andere Produktionsfaktoren sowie Geld legal und (weil kaum zu unterbinden) auch illegal hinüber- und herüberströmen können, wird man sich voraussichtlich bald gezwungen sehen, entweder die Grenzen – trotz gegenteiliger Versicherung – wieder dicht zu machen oder weitergehende Wirtschaftsfreiheiten zu gewähren. Je eher die DDR-Führung erkennt, daß die neuen Herausforderungen nicht mit ein bißchen Marktwirtschaft am Rande der Planwirtschaft zu bewältigen sind, sondern prinzipiell nur mit einem marktwirtschaftlich orientierten Gesamtsystem, um so besser für die Wohlfahrt der Bürger der DDR.

Angst vor der Errichtung eines ähnlichen Wirtschaftssystems wie in der Bundesrepublik haben die meisten Bürger der DDR kaum noch. Sie haben längst erkannt, daß der Kapitalismus, wie in den Gruselgeschichten marxistischer Literatur beschrieben, hier nicht herrscht. Denkbar ist, daß die Bürger der DDR, nachdem sie sich millionenfach vor Ort über die ökonomischen und sozialen Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik überzeugen konnten, von ihrer Regierung die Errichtung eines ähnlichen Wirtschaftssystems fordern werden.

Die ordoliberale, insbesondere auf Eucken zurückgehende These von der Interdependenz der Ordnungen, derzufolge sich politische und ökonomische Freiheiten wechselseitig bedingen, hat sich vielfach empirisch bestätigt. Folglich bestehen begründete Hoffnungen, daß die Schaffung wirklicher demokratischer Verhältnisse mit garantierten Freiheitsrechten und rechtsstaatlicher Ordnung in der DDR voraussichtlich auf längere Sicht auch ein adäquates Wirtschaftssystem nach sich zieht. Am Ende der Entwicklung steht voraussichtlich im geeinten Wirtschaftsraum Deutschlands ein Wirtschaftssystem, dessen wesentliches Merkmal die Verbindung von ökonomischer Freiheit auf den Märkten mit sozialem Ausgleich ist. Dabei ist es durchaus möglich und sogar wahrscheinlich, daß diese neue Soziale Marktwirtschaft sowohl Züge des jetzigen marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems der Bundesrepublik als auch bestimmte soziale Sicherungen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in sich vereint.